TL 3333

INDONESIEN HEUTE:

VÖLKERMORD IN OSTTIMOR

eine Dokumentation der Gesellschaft für bedrohte Völker

Die Mannschaft der Provinz Ost-Timor marschiert zur Eröffnung des 10. Nationalen Indonesischen Sportfestes in das Stadion Istana Olahraga Senayan in Jakarta ein. Alle Provinzen stellten eine Abordnung, insgesamt nahmen 3608 Sportler an den Wettkämpfen teil, die von Präsident Soeharto feierlich eröffnet wurden.

Photo oben aus:
Indonesien Heute, Nr. 1/82.
Propaganda- Zeitschrift der
Indonesischen Botschaft

Kinderphotos:

Hungermordopfer aus Osttimor, aus osttimoresischen Lagern unter Lebensgefahr von dem australischen Journalisten Peter Rodgers herausgeschmuggelt. Zuerst im Nov. 1978 in der australischen Presse veröffentlicht.

Verantwortlich Klemens Ludwig, c/o Gesellschaft für bedrohte Völker, Postfach 159, 3400 Göttingen

OSTTIMOR - von der Weltöffentlichkeit vergessen

Timor ist eine kleine Insel im Pazifischen Ozean, zwischen Australien und dem indonesischen Archipel gelegen. Die Bevölkerung ist vornehmlich melanesischer Abstammung. Der Westteil der Insel kam zu Beginn des 19. Jahrhunderts unter niederländische Kolonialherrschaft; der Ostteil war portugiesische Kolonie.

Nach dem Umsturz und der Beendigung der Diktatur in Portugal am 25.4.1974 leitete die neue Regierung die Entlassung der letzten Kolonie in die Unabhängigkeit ein. In Osttimor bildeten sie daraufhin im Mai 1974 drei politische Parteien, die sehr verschiedene Vorstellungen von der Zukunft der Insel nach der Kolonialzeit entwickelten.

Die APODETI (demokratische Volksvereinigung) vertrat einen Anschluß an Indonesien; die UDT, die Partei des Mittelstandes, befürwortete eine Föderation mit dem portugiesischen ‚Mutterland'; die linkskatholische, sozialistische ASDT, die sich am 12.9.1974 in FRETILIN umnannte und die mit Abstand die größte der Parteien war, erstrebte die volle Unabhängigkeit.

Im September 1974 erklärte Indonesiens General Suharto bereits anläßlich eines Besuches des australischen Premierministers Whitlam in Djakarta, Indonesien stehe dem ‚Wunsch' der Bevölkerung Timors nach einem Abschluß an Indonesien nicht ablehnend gegenüber.

Am 21.1.1975 schlossen sich die UDT und die FRETILIN zu einer Koalition zusammen, um die Unabhängigkeit Osttimors voranzutreiben; am 27.5.1975 trat die UDT nach Meinungsverschiedenheiten mit der FRETILIN aus der Koalition aus. Im Juni 1975 organisierte die portugiesische Kolonialverwaltung Wahlen zu Dorfältestenräten, aus denen die FRETILIN-Kandidaten mit annähernd 90% der Stimmen als klare Sieger hervorgingen. Dies waren die einzigen freien Wahlen, die es in Osttimor je gegeben hat. Kurze Zeit später, vom 16. - 18. Juni fand in Macao, der zweitgrößten Stadt Osttimors, eine Konferenz mit Vertretern der APODETI, der UDT und der portugiesischen Regierung statt, bei der Verhandlungen über die Unabhängigkeit geführt werden sollten. Da für die FRETILIN die Unabhängigkeit aus ihrer Sicht keine Frage von Verhandlungen, sondern undiskutables Recht darstellte und zudem die von Djakarta aus gesteuerte APODETI teilnahm, boykottierte die FRETILIN die Konferenz. In der Folgezeit erhöhten sich die Spannungen und Feindseligkeiten zwischen den Parteien, und am 9. und 10. August rief die UDT zu einem Generalstreik auf. Als sich die FRETILIN-Führer daraufhin von Dili in die Berge zurückzogen, putschte die UDT am 11. August und besetzte alle wichtigen Punkte in Dili. Um einen Bürgerkrieg zu vermeiden, versuchte die FRETILIN anfangs, in Verhandlungen zu einer friedlichen Lösung des Konflikts zu kommen. Die portugiesische Kolonialverwaltung hatte zu jener Zeit die Lage schon lange nicht mehr unter Kontrolle.

Nachdem die Verhandlungen jedoch gescheitert waren und die UDT einen Marsch auf das FRETILIN-Hauptquartier plante, setzte auch die FRETILIN Truppen ein. Bis Ende September 1975 hatte sie die ganze Insel wieder unter ihrer Kontrolle. Die bewaffneten Auseinandersetzungen haben insgesamt etwa 2.000 Menschen, meist reguläre Soldaten, das Leben gekostet.

Seit Oktober 1975 fanden wiederholt indonesische Truppenbewegungen in Westtimor sowie Marinemanöver vor der Küste statt. Schon Monate vorher gab es Berichte in australischen Zeitungen über Landemanöver indonesischer Truppen auf Südsumatra. Am 20. November 1975, also noch vor Beendigung der portugiesischen Kolonialherrschaft, meldete die Frankfurter Allgemeine Zeitung, daß sich bereits seit vier Wochen reguläre indonesische Truppen in Osttimor befinden.

Am 28. November 1975 proklamierte die FRETILIN die unabhängige ‚Demokratische Republik Osttimor'; erster Präsident wurde Francisco Xavier do Amaral. Der Antrag Osttimors auf Aufnahme in die Vereinten Nationen wurde von Tansania, Algerien und Mosambik unterstützt.

Gleichzeitig verdichteten sich Meldungen über weitere Truppenkonzentrationen Indonesiens. Die FRETILIN, die die große Mehrheit des osttimoresischen Volkes vertrat, wurde von den Regierung in Djakarta als ‚kommunistische Bande' bezeichnet.

Am 5. Dezember besuchten US-Präsident Ford und Außenminister Kissinger Djakarta. Kissinger äußerte dabei Verständnis für die Haltung Indonesiens.

Da die Lage in Portugal durch schwere innenpolitische Auseinandersetzungen bestimmt war, kümmerte sich die Regierung nicht mehr um die Ereignisse in Osttimor. Auch die Labour-Regierung Australiens weigerte sich, die ‚Demokratische Republik Osttimor' anzuerkennen.

Somit konnte Indonesien die lange vorbereitete Invasion starten, ohne mit nennenswertem internationalen Widerstand rechnen zu müssen. Nachdem am Vorabend Ford und Kissinger Djakarta verlassen hatten, begann am 7. Dezember 1975, um 4.30 Uhr der indonesische Angriff auf die Hauptstadt Dili mit Kriegsschiffen und Fallschirmspringern.

In einer offiziellen Erklärung begründete der indonesische Außenminister diese militärische Aggression mit angeblichen Ausschreitungen gegenüber indonesienfreundlichen Bürgern, die zu schützen gewesen wären. Außerdem sollten die Truppen nur kurze Zeit bleiben, um danach der Bevölkerung Osttimors in einer Volksabstimmung die Möglichkeit zu geben, über ihr Schicksal selbst zu entscheiden.

Danach schloß sich der Bambusvorhang vor der kleinen Insel. Was jedoch an spärlichen Meldungen an die Weltöffentlichkeit drang, zeigte ein Ausmaß an Brutalität und Unmenschlichkeit im Verlauf der indonesischen Invasion, das Osttimor in eine Reihe mit Biafra, Bangla Desh und Kambodscha als Synonym für Krieg, Terror, Hunger und Hoffnungslosigkeit einreiht - mit dem Unterschied, daß von dem Schicksal Osttimors niemand wirklich Notiz genommen hat. Bereits unmittelbar nach der Invasion sind nach Berichten des letzten australischen Konsuls in Osttimor, Dunn, 60.000 Menschen ermordet worden. Um den massiven Widerstand der Bevölkerung zu brechen, begnügten sich die Indonesier nicht mit Bombardements, Einsatz von Fallschirmjägern und Marineinfantrie, Verbrennen von Feldern und ganzen Dörfern, Massakern an Zivilisten, Folter und Errichtungen von KZ-ähnlichen Lagern; sondern sie verhängten auch eine totale Blockade über die Insel, mit dem Ziel, die Bevölkerung auszuhungern und somit den Widerstand zu brechen.

In der sich anschließenden Dokumentation sind die wichtigsten Presseberichte der internationalen Presse zur Situation in Osttimor zusammengefaßt. Diese Meldungen sprechen unkommentiert für sich.

Hervorzuheben ist noch die besondere Verantwortung der Bundesregierung gegenüber den Ereignissen in Osttimor; die hervorragenden wirtschaftlichen Beziehungen zu Indonesien (die Bundesregierung ist Indonesiens viertgrößter Handelspartnach den USA, Japan und Singapur) haben die bundesdeutsche UN-Vertretung immer abgehalten, die indonesische Invasion bei Abstimmungen vor der UNO zu verurteilen. Stattdessen hat das Kabinett 1977, auf dem Höhepunkt des indonesischen Krieges und der Blockade, beschlossen, Indonesien zwei U-Boote zu liefern.

Der indonesische Minister für Forschung und Technologie, Habibe, hat am 28. November 1980 im Industrieclub Düsseldorf aus der Hand von Wirtschaftsminister Lambsdorff das große Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterblatt erhalten.

Am empörendsten von allem ist jedoch die Weigerung der Bundesregierung, angemessene humanitäre Hilfe für das leidende Volk von Osttimor zur Verfügung zu stellen. Von den ehemals etwa 800.000 Menschen Osttimors, haben ca. 500.000 bis 600.000 die indonesische Invasion und die Aushungerung bis jetzt überlebt. 80% von ihnen sollen malaria- und hepatitiskrank sein. Für diese Menschen hat die Bundesregierung bis heute **DM 300.000** zur Verfügung gestellt und sich nicht gescheut, das als ‚großzügige Hilfeleistungen' zu deklarieren.

Die Kommentare und Einschätzungen von Beamten des Außenministeriums zur Situation in Osttimor sind angesichts der seit sieben Jahren andauernden kontinuierlichen Vernichtung des osttimoresischen Volkes erschreckend und demonstrieren, daß die Bundesregierung anscheinend keine Konsequenzen gezogen hat, wenn es gilt, Verbrechen des Völkermordes zu verhindern. (siehe Dokumentation zweiter Teil).

Doch weder das Verhalten der Bundesregierung gegenüber den Praktiken brutaler Diktatoren, noch das Vorgehen der Indonesier gegen Völker, die das Recht auf Selbstbestimmung einklagen, sind Einzelfälle.

Wie die indonesische Zentralregierung das Selbstbestimmungsrecht Osttimors mit Füßen getreten hat, hat sie 1950 den Südmolukkern das Selbstbestimmungsrecht vorenthalten, als sie nach Auflösung der förderalistischen strukturierten ‚Vereinigten Staaten von Indonesien' in einem

Fortsetzung auf Seite 6 unten

Osttimor in der Weltpresse

„Far Eastern Economic Review" 1.4.77: Der Vorsitzende eines australischen parlamentarischen Untersuchungsausschusses, Mr. Dunn, erklärte im Februar in London vor der Presse, daß die indonesischen Besatzertruppen ganze Dörfer mit osttimoresischer oder chinesischer Bevölkerung getötet hätten.

„Frankfurter Rundschau" 3.6.77: Untersuchung des ehemaligen australischen Konsuls in Osttimor, James Dunn, spricht von 100.000 Toten durch die indonesische Invasion, u.a. Opfer von Napalmbomben.

„Observer" 31.7.77: Bericht von Richard Carleton, dem ersten westlichen Journalisten, der nach der indonesischen Invasion durch Osttimor reisen durfte, er spricht von 50.000, möglicherweise 100.000 Opfern.

„Weltwoche" 14.12.77: Bis zu 100.000 Tote durch die indonesische Invasion; Ausrottung der gesamten chinesischen Bevölkerung der Hauptstadt Dili, ca. 12.500 Menschen.

„Frankfurter Allgemeine Zeitung" 12.9.78: Malaria und Tuberkulose in Osttimor; indonesische Regierung verweigert dem Internationalen Roten Kreuz die Einreise.

„Far Eastern Economic Review" 2.11.79: Der Dunn Report behauptet, von (1974) 688.000 Menschen in Osttimor seien 330.000 übrig geblieben. Zitat eines ehemaligen politischen Führers Osttimors: „Wenn alles vorbei ist, bleiben vielleicht 100.000 übrig."

„Guardian" 2.11.79: 100.000 Tote seit der indonesischen Invasion 1975. Ein Vertreter des Internationalen Roten Kreuz nennt die Situation „schlimmer als in Biafra und möglicherweise Kambodscha".

„Age" Melbourne, 2.11.79: Mindestens 100.000, möglicherweise 300.000 Osttimoresen sind seit der indonesischen Invasion 1975 gestorben. Australische Regierung bewilligt 330.000 Dollar für humanitäre Hilfe in Osttimor.

„The Advertiser", Adelaide, Australien, 2.11.79: Peter Rogers, Journalist, zitiert nach Besuch in Osttimor Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes, danach sei die Situation in Osttimor „schlimmer als in Biafra und möglicherweise Kambodscha". Mindestens 100.000 sind bisher ums Leben gekommen, realistische Schätzungen sprechen von 300.000. Die australische Regierung sendet Hilfsgüter im Wert von 333.000 Dollar.

„Sydney Morning Herald" 3.11.79: Der indonesische Außenminister Dr. Mochtar verteidigt das Verhalten der indonesischen Behörden in der „Krise" um Osttimor. Trotzdem räumt er ein, daß Indonesien seit Ende 1978 Hilfe von außen für Osttimor benötigt.

„The Weekend", Australien, 3./4.11.79: Der indonesische Außenminister Prof. Mochtar Kusumaatmadja gibt zu, daß die Situation in Osttimor schlimmer ist, als in Kambodscha und Biafra.

„Die Welt", 9.11.79: Mehr als 100.000 Verhungerte in Osttimor, 300.000 so unterernährt, daß sie nur noch durch schnelle Hilfe gerettet werden können. 80 % einer Region leiden an Malaria, Tuberkulose und gefährlichen Hautkrankheiten.

„Economist", 10.11.79: ‚Osttimor, das nächste Kambodscha'. In 2 von einem australischen Journalisten besuchten Dörfern sterben im Durchschnitt 12 Menschen pro Tag. Von ehemals 650.000 Einwohnern Osttimors seien noch ca. 522.000 übrig.

„Guardian", 12.11.79: 200.000 von (ehemals) 650.000 Osttimoresen sind durch die indonesische Invasion getötet worden. 75.000 osttimoresische Flüchtlinge sind zusammengefercht in 13 von der indonesischen Regierung errichteten Camps; von diesen stehen 60.000 vor dem Hungertod, 20.000 können nicht mehr gerettet werden. (Aussagen des Roten Kreuzes).

Gießener Anzeiger", 12.11.79 „Schlußakt der Tragödie" in Osttimor durch eine Massenhungersnot: 300.000 Menschen sind ohne schnelle Hilfe von außen vom Hungertod bedroht. 100.000 nach inoffiziellen Schätzungen, 200.000 Menschen sind bisher umgekommen.

„Süddeutsche Zeitung", 15.11.79: Australische Regierung eröffnet Luftbrücke, um Nahrungsmittel nach Osttimor zu bringen, wo die Hälfte der Bevölkerung, ca. 300.000 Menschen, in einer „schlimmen bis kritischen Verfassung" ist.

DPA-Meldung 9.11.79: 300.000 Menschen in Osttimor sind ohne schnelle Hilfe vom Hungertod bedroht; von (1971) 826.000 Menschen sind mindestens 100.000, möglicherweise 200.000 Menschen ums Leben gekommen.

„Frankfurter Allgemeine Zeitung", 28.11.79: 4 Jahre Hungersnot auf Osttimor; durch schnelle Hilfe können noch viele Menschen gerettet werden.

„Frankfurter Rundschau", 10.12.79: mindestens 100.000, andere Berichte nennen 200.000 durch Kämpfe und Hunger getötete Osttimoresen. 300.000 sind in einer schlimmen bis kritischen Verfassung. Laut Berichte internationler Beobachter ist die Situation „schlimmer als in Biafra und möglicherweise Kambodscha". Dazu kommt die Errichtung eines KZs, über das u.a. auch ein katholischer Priester berichtet, sowie Folter, Hinrichtungen und ‚Verschwinden' von politischen Gefangenen.

„Deutsche Zeitung/Christ u. Welt" 14.12.79: Reduzierung der Bevölkerung Osttimors seit 1974 um die Hälfte auf 330.000 Menschen laut Bericht einer australischen parlamentarischen Untersuchungskommission. Die Quellen für die Informationen sind hauptsächlich die Aussagen von Missionaren. „Für Tausende kommt jede Hilfe zu spät" (David Delapraz, Direktor des Internationalen Roten Kreuzes in Dili). Hilfsgüter aus dem Ausland erreichen meist nicht die Bevölkerung. Indonesische Behörden errichten Folterzentren und Gefängnisse für politische Gefangene.

„Times", 14.12.79: Von katholischen Hilfsorganisationen werden 134.000 Osttimoresen in 120 Zentren zusammengefaßt. Das Rote Kreuz errichtet Zentren für weitere 66.000 Menschen. Wieviele Menschen in den Bergen verhungert sind, weiß niemand genau.

„New York Times", 24.12.79: Ein Drittel der (1975) 600.000 Bewohner Osttimors sind durch Kämpfe, Krankheiten und Hunger ums Leben gekommen, laut Aussagen portugiesischer Priester, die aus Osttimor geflohen sind.

„Guardian", 24.12.79: Hunderte Osttimoresen chinesischer Abstammung sind zwischen März und August aus Osttimor geflohen und in Lissabon eingetroffen. Sie berichten, daß seit 1975 ein großer Teil der Bevölkerung Osttimors ausgerottet worden ist.

„Times", 28.12.79: In Osttimor kein Ende des Krieges nach 4 Jahren; die Zahl der Opfer schwankt zwischen 50.000 und 300.000, der allergrößte Teil davon Zivilbevölkerung.

„New York Times", 29.1.80: Neu ankommende Flüchtlinge aus Osttimor chinesischer Abstammung berichten in Lissabon, im Gegensatz zu den Aussagen einiger internationaler Hilfsorganisationen, daß der Hunger und die Kämpfe weitergehen. Außerdem sind Folterungen von Männern und Frauen mit Elektroschocks und brennenden Zigaretten an der Tagesordnung. Guerillas, denen Amnestie versprochen wurde, ‚verschwinden'.

„New York Times", 30.1.80: Die wirtschaftliche Situation Osttimors ist ruiniert, die Kaffeeproduktion, früher Haupteinnahmequelle, ist 1978 auf 1/4 der Rate von 1973 zurückgegangen. Die verbliebenen Einnahmen aus dem Kaffeeexport kommen der indonesischen Armee zugute.

„Die Welt", 14.2.80: Mario Alkatari, Exiltimorese und Mitglied der FRETILIN, erklärte in Rom, daß die Situation in Osttimor mindestens ebenso schlimm, wenn nicht schlimmer ist, als in Kambodscha. 200.000 Menschen sind während der vierjährigen indonesischen Besatzungszeit ums Leben gekommen.

„Frankfurter Allgemeine Zeitung", 23.2.80: „Alle Welt spricht von Kambodscha, aber auch in Ost-Timor herrscht Hungersnot". Das Ausmaß der bleibenden Gesundheitsschäden könnte größer sein, als in Kambodscha, weil die Hungersnot in Timor sehr viel länger dauert. 70 - 90% der Bevölkerung leidet unter Malaria, Gastroenteritis und Tuberkulose, Krätze und andere Hautkrankheiten sind weitverbreitet. Viel hängt in den nächsten Wochen davon ab, ob die Hilfeleistungen zu den wirklich Bedürftigen gelangen.

The Times (nach Canberra Times/Austr. 1/80): Das Sterben geht weiter in Osttimor.

Guardian Weekly 16.3.1980 (nach Le Monde 9./10.3.1980):
Denkt an Timor! Weit weg von dem Aufsehen und den Emotionen, die der Exodus hunderttausender Indochinesen und Afghanen hervorgerufen hat, weit weg von den Auseinandersetzungen der Supermächte, den Meinungsverschiedenheiten zwischen Strategen und Diplomaten und dem Konflikt über Einflußsphären, ist ein Volk dabei auszusterben, umgeben von weltweitem Desinteresse und praktisch ignoriert von den Medien. Die Menschen von Osttimor, das vor vier Jahren von Indonesien annektiert worden ist, sind weder "fortschrittliche" Opfer "imperialistischer" Machenschaften, noch Anhänger der "freien Welt", die vom sowjetischen "Hegemoniestreben" bedroht sind. .... Die unglücklichen Osttimoresen können nicht in Booten über die gefährliche See entkommen, und so finden sie sich als Flüchtlinge im eigenen Land in Lagern wieder, wo die Lebensbedingungen extrem schlecht sind.

Katholische Nachrichten Agentur 21.3.1980: Osttimor ein zweites Biafra? 300.000 Menschen auf der Insel sind vom Hungertod bedroht.

The Guardian 9.4.1980: Timoresen berichten von Exekutionen. Briefe aus Osttimor besagen, daß Mitglieder der FRETILIN exekutiert worden sind, nachdem sie sich den indonesischen Behörden ergeben hätten. Sie listen Fälle von Familienmitgliedern auf, die aus den Bergen gekommen sind, um sich den indonesischen Streitkräften zu ergeben und daraufhin entweder exekutiert oder von der Geheimpolizei verschleppt wurden und seitdem vermißt sind.

Frankfurter Rundschau 28.4.1980: Dem Tod ist Osttimor knapp entkommen. Unter der Herrschaft der Indonesier verschwanden hunderttausende Einwohner.

Age/Austr. 30.4.1980: Sanktionen würden helfen, um den indonesischen Terror und das Verhungern in Osttimor zu beenden. An die 300.000 Menschen — beinahe die Hälfte der Bevölkerung – sind bereits als Resultat des indonesischen Terrors und der Aushungertaktik in Osttimor gestorben. Nach den Nürnberger Prinzipien sind Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit Verbrechen, wann immer und wo immer sie passieren: das gilt für Osttimor nicht weniger als für Eritrea; für Iran nicht weniger als für Afghanistan. .... Was ist, Herr Fraser, Herr Hayden, Herr Chipp und alle anderen? Muß erst die ganze Bevölkerung Osttimors verschwunden sein, bevor wir einsehen, daß Komplizenschaft mit Verbrechen gegen die Menschlichkeit nach den Nürnberger Prinzipien ein Verbrechen ist?

Publik Forum 2.5.1980
Was die Bomber übrig ließen. In Südostasien verhungert ein weiteres Volk. Von der Weltöffentlichkeit nahezu unbemerkt, ereignet sich seit fünf Jahren auf der zwischen Australien und Indonesien gelegenen Insel ein Völkermord, der nach Einschätzung internationaler Beobachter durchaus mit dem Massaker in Kambodscha verglichen werden kann. 1975 lebten in Osttimor 750.000 Menschen. Fünf Jahre später ist jeder sechste von ihnen getötet; verbrannt von Napalm, zerstückelt von Splitterbomben, verhungert infolge der vier Jahre zu Land und zur See von Indonesien verhängten Hungerblokkade.

Sydney Morning Herald/Austr. 12.6.80: Amnesty International hat den Kongreß davon unterrichtet, daß die indonesischen Behörden eine große Anzahl Oppositioneller in Osttimor hingerichtet und Hunderte unter schrecklichen Bedingungen inhaftiert haben.

Nouvel Observateur 21.6.1980:
Terror in Timor. 130.000 "Verschwundene" – das ist die Bilanz der indonesischen 'Befriedung' einer kleinen Insel am Rande der Welt.

Süddeutsche Zeitung 24.6.1980: Indonesien modernisiert seine Streitkräfte. .... In der Bundesrepublik sind zwei neue U-Boote in Auftrag gegeben worden.

Sydney Morning Herald 1.7.1980: Die australische Sektion der Internationalen Juristenkommission hat die australische Bundesregierung aufgefordert, Druck auf die indonesische Botschaft auszuüben, damit die Flüchtlinge Osttimor verlassen dürfen. .... Der Präsident der Sektion zitierte einen osttimoresischen Priester, der behauptet hat, 15.000 Menschen wollten Osttimor verlassen, würden aber von den indonesischen Behörden daran gehindert.

Süddeutsche Zeitung 2.7.1980
Die indonesische Regierung hat der australischen Luftwaffe die Flugerlaubnis für die Lieferung von 30 Tonnen Keksen mit hohem Eiweißgehalt nach Osttimor verweigert. ... Die Eiweißlieferung war vom Roten Kreuz, das in Osttimor etwa 60.000 Menschen betreut, angefordert worden, da die Eiweißvorräte im August aufgebraucht sein werden.

Guardian 16.7.1980:
Osttimors Streitkräfte schlagen zu. Die FRETILIN-Befreiungsarmee hat letzten Monat Dili, die Hauptstadt des von Indonesien besetzten Osttimor, angegriffen. ... Die Indonesier reißen die internationale Nahrungsmittelhilfe an sich, um damit Geschäfte zu machen oder weisen sie ab, wie eine UNICEF-Lieferung letztes Frühjahr.

Canberra Times/Austr. 28.10.1980:
Weitere Augenzeugenberichte über die letzten Stunden von Roger East. Ein weiterer Zeuge, Mr. Pedro Lai, 21, sagte aus, daß er drei indonesische Soldaten Mr. East mit Gewalt durch einen Park in Dili zerren sah, bevor etwa 300 Timoresen Zeugen der Hinrichtung von etwa 30 Menschen waren, darunter Mr. East. ... "Wir waren starr vor Entsetzen und konnten nicht helfen; wir mußten tun, was uns aufgetragen wurde". (Anmerkung: Roger East war ein bekannter australischer Journalist, der Ende 1975 Osttimor besucht hat, um Untersuchungen über den Tod von fünf australischen Journalisten anzustellen, die am 16.10.75 in Balibo getötet worden waren. Die indonesischen Behörden haben alle Verantwortung am Tode Roger Easts von sich gewiesen. Roger East war zudem Mitautor der ersten Pogrom-Sonderausgabe über Osttimor (Nr. 39/40/1975) herausgegeben von der Gesellschaft für bedrohte Völker)

Süddeutsche Zeitung 13.11.1980:
UNO fordert Unabhängigkeit für Osttimor und Belize. Die UNO Vollversammlung hat das Recht der früheren portugiesischen Kolonie Osttimor auf Selbstbestimmung bekräftigt und damit den Standpunkt Indonesiens zurückgewiesen, daß seine Annexion des Territoriums im Jahre 1976 den Wünschen der Einwohner entsprochen habe.

New York Times 8.12.1980:
Unter der indonesischen Besatzung ist ein Zehntel bis ein Drittel der osttimoresischen Bevölkerung gestorben; keiner kann genau sagen, wie groß die wirkliche Zahl ist, denn der Zugang zur Insel ist eingeschränkt. Wie Kambodscha ist Osttimor ein Synonym für Verhungern und Flüchtlingselend geworden.

Northern Territory News/Austr. 8.12.80:
Schreckensmeldungen über Bürgerkrieg, Hunger, mindestens 60.000 Tote, Auseinanderreißen der Familien und Unterdrückung durch ein Militärregime – das ist das traurige Los Osttimors in den letzten sieben Jahren.

Adelaide Advertiser/Austr. 9.12.1980:
Seit der Invasion sind zwischen einem Drittel und der Hälfte der Bevölkerung massakriert worden. Wir wissen, was in Osttimor passiert, und wir sehen, daß wir eine Regierung haben, die keinerlei moralischen Skrupel hat.

Tribune/Austral. 10.12.1980:
Neue Grausamkeiten in Timor. Ein Angriff der FRETILIN nahe der Hauptstadt Dili am 10. Juni dieses Jahres hat zu Massenverhaftungen und der Exekution dreier timoresischer Katholiken geführt.

Der Spiegel 9/1981:
Keine fünfhundert Kilometer nördlich von Australien begingen die Indonesier nach Angaben internationaler Organisationen einen Völkermord, der über den Greuel von Kambodscha und Vietnam fast vergessen wurde. Über 100.000 von 650.000 Timoresen kamen seit der indonesischen Besatzung der ehemaligen portugiesischen Kolonie im Dezember 1975 durch Bomben, Terror, Hunger und Malaria ums Leben. ... Soldaten des General-Präsidenten Suharto trieben die Timoresen in KZ-ähnlichen Lagerdörfern zusammen, verwüsteten die Felder und blockierten Nahrungsmittel, sodaß in Timor eine Hungersnot "ebenso grausam wie in Biafra" ausbrach, so das Internationale Rote Kreuz.

Kieler Nachrichten 20.3.1981:
Indonesische U-Boote aus Kiel. In Anwesenheit des indonesischen Botschafters in der Bundesrepublik, Generalmajor Josef Muskita, wurde das erste von zwei Unterseeboten an die Marine des südostasiatischen Landes übergeben. ... Beide Boote zählen nach Angaben der HDW zu den modernsten Bootstypen konventioneller Bauart.

Canberra Times 11.4.1981:
Rotes Kreuz beendet Hilfsprogramm in Osttimor. Timoresische Flüchtlinge in Lissabon haben ihr Entsetzen darüber geäußert, daß das Internationale Rote Kreuz sein Hilfsprogramm in Osttimor beendet. ... Führer der timoresischen Gemeinden sind besorgt, daß die indonesischen Militärs den Abzug des Roten Kreuzes nutzen werden, um eine neue Offensive gegen die FRETILIN-Guerillas zu starten, die immer noch Stellungen in den Bergen halten. Durch den Krieg getrennte Familien, die gehofft haben, Timor Richtung Portugal verlassen zu können, werden das nicht mehr dürfen.

De Volkskrant/NL 22.6.1981:
Tribunal in Lissabon stellt fest: Invasion Osttimors war vorher bekannt.

Kieler Nachrichten 7.7.1981:
Gestern übergab HDW in Gaarden an die indonesische Marine das zweite in Auftrag gegebene U-Boot "Nanggala". Das U-Boot gehört zu den derzeit modernsten U-Booten konventioneller Bauart.
(Anmerkung: 1977, als der Krieg Osttimors gegen die indonesische Besatzungsmacht schon tobte und die Indonesier bereits eine totale Seeblockade verhängt hatten, beschloß das Bundeskabinett –bei nur einer Gegenstimme– Indonesien diese 2 U-Boote zu liefern. Danach wurden sie bei der HDW (Howaldt Deutsche Werft, Kiel) in Auftrag gegeben. Derartige Praktiken widersprechen nicht nur sämtlichen von der Bundesregierung formulierten Prinzipien ihrer Außenpolitik, sondern auch geltendem bundesdeutschen Recht: Das Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen vom 20.4.1961 und das Außenwirtschaftsgesetz vom 28.4.1961 verbieten den Waffenexport in Spannungsgebiete.)

UCA-News (Kirchliche austr. Presseagentur) 30.9.1981:
Ein zehnseitiger Bericht unter der Überschrift: 'Osttimor: die schlimmste Situation in der Welt' (East Timor – 'The Worst Situation in The World')

De Waarheit/NL 3.10.1981:
Suharto will Osttimor aushungern

The Weekend/Austr. 3./4. 10. 1981:
Indonesien hungert Osttimor aus. Eine 'Befriedungskampagne' von mehr als 8.000 indonesischen Soldaten in Osttimor verursacht laut Kirchenkreisen in Osttimors Hauptstadt Dili, eine ernste Hungersnot in den nächsten Monaten.

The International Times 4.10.1981:
Timoresen werden gezwungen, ihre FRETILIN-Brüder zu jagen. Nach Briefen, die kürzlich von der katholischen Kirche aus dem Land geschmuggelt wurden, haben indonesische Truppen massive Anstrengungen unternommen, die verbliebenen FRETILIN-Unabhängigkeitskämpfer einzukreisen.

The Australian: 6.10.1981:
Der australische Rat für Überseehilfe hat die Bundesregierung wegen der "passiven Duldung" der kontinuierlichen Menschenrechtsverletzungen in Osttimor kritisiert....

Er fordert von der Regierung, die Erlaubnis der indonesischen Regierung für australische Hilfswerke einzuholen, eine Untersuchung einzuleiten, nach deren Beurteilung Hilfsprogramme eingerichtet werden sollen.

The Australian 8.10.1981:
Warum regen wir uns nicht über Osttimor auf? Die Bundesregierung sollte die Kritik des australischen Rates für Überseehilfe wegen der Teilnahmslosigkeit dieses Landes am Schicksal der Menschen Osttimors nicht wegwischen.... Indonesien hat weder einen rechtlichen noch einen moralischen Anspruch auf Osttimor.

The Australian 9.10.1981:
Erschreckender Report über Folter und Mord in Timor. Osttimors pro-indonesische Provinzregierung hat Brutalitäten von Polizei und Militär, darunter Folter und Mord, in einem geheimen Brief an Indonesiens Präsident Suharto beklagt.

The Australian 10./11. 10. 1981:
Die Situation Osttimors verlangt schnelles Handeln. Es kann keine Entschuldigung mehr geben, wenn wir es versäumen, unsere Abscheu vor den Grausamkeiten, die die indonesische Regierung den Menschen von Osttimor zufügt, Ausdruck zu geben.... Seit der indonesischen Invasion haben wir die Chronik der Grausamkeiten, die uns aus Djakartas widerwilliger 'Provinz' erreicht hat, immer ignoriert.

De Waarheid 21.10.1981:
Aufsehen in Portugal über einen Geheimreport: Lissabon lieferte Osttimor an Suharto aus... Aus dem Report geht hervor, daß die portugiesische Regierung die vormalige portugiesische Kolonie Osttimor wie Ware an Suharto ausgeliefert hat und damit mitschuldig ist an den 300.000 Osttimoresen, die seit dem Rückzug der Portugiesen 1975 umgekommen sind.

Badische Neueste Nachrichten 28.10.1981:
Katholische Kirche ist Träger des Widerstands. Im Jahre 1975/76 wurde Osttimor von indonesischen Truppen überfallen und wenig später als 27. Provinz "anerkannt". Dieser "Anschluß" Osttimors fand gegen den Willen der dortigen Bewohner statt, blutige Massaker sind noch heute an der Tagesordnung... Heute sitzen die politischen Gegner Indonesiens in 150 Konzentrationslagern, eine große Hungersnot überzieht das Land. Träger des Widerstands ist die katholische Kirche, vor allem der mutige Bischof von Dili und die FRETILIN-Partei.

Panorama/NL 30.10.1981:
Osttimor kann sterben und niemand macht einen Finger krumm. Manchmal setzen sich Millionen Menschen für das Los eines Mitmenschen ein. Ein anderes Mal kümmert es niemanden, wenn Hunderttausende ihr Leben lassen. So kümmert sich die Welt wenig um die indonesische Unmenschlichkeit in einem abgelegenen Zipfel des Archipels.

Nederlandse Tageblatt 11.11.1981:
UN: Osttimor hat Recht auf Selbstbestimmung. Die UN-Kommission für koloniale Angelegenheiten hat am Montag mit 58 gegen 40 Stimmen bei 42 Enthaltungen eine Resolution gebilligt, die dem Volk von Osttimor das Recht zuerkennt, über sein eigenes Schicksal zu entscheiden.

Frankfurter Allgemeine Zeitung 17.11.1981:
Krieg gegen die Guerillos der FRETILIN: Der fast vergessene Bürgerkrieg auf Osttimor. Die Zahlen über die Opfer ... reichen von 50.000 bis 300.000 Menschen. Die meisten starben an Hunger und Epidemien ... Das indonesische Militär hat die Insel ausgeplündert ... Eine weitere Verschärfung der Hungersnot ist wahrscheinlich.

Far Eastern Economic Review 7.1.1982:
Regierungstreue Parlamentarier öffnen den Vorhang über angebliche Brutalität und Korruption in dem Land –und mindestens 2 von ihnen wurden verhaftet.
Die von Jakarta eingesetzte Provinzversammlung in Indonesiens Provinz Osttimor hat gewarnt, daß Korruption, Brutalität und andere Formen des Machtmißbrauchs von Mitgliedern der Armee und Verwaltung Furcht und regierungsfeindliche Ressentiments hervorrufen...
Der Report besagt, daß die Provinzregierung Osttimors "ständig mit tiefer Sorge Berichte von Beschwerden der Menschen über Folter, Mißhandlungen, Morde und andere undenkbare Fälle" in mündlicher und schriftlicher Form erhält...
Der Report klagt an, daß im Distrikt Viqueque "Bewohner ermordet worden sind nach Folterungen, indem ihnen die Geschlechtsorgane aufgeschlitzt worden sind, weil sie sich nicht den Anordnungen einzelner Personen unterworfen haben oder weil ihnen schwarze Magie vorgeworfen wurde." Er behauptet weiter, daß im Distrikt Likisa Menschen "von der Militärverwaltung ermordet worden sind nach Folterungen durch Elektroschocks und anderen Formen von Verbrennungen."

Haariems Dagblad/NL 11.1.1982:
Hunger bedroht Osttimor. Auf Osttimor droht eine ernsthafte Hungersnot. Nur ausländische Hilfe kann verhindern, daß viele Menschen an Unterernährung sterben müssen.

De Volkskrant 12.1.1982:
Katholischer Bischof: Hunger bedroht erneut Osttimor. In der ehemaligen portugiesischen Provinz Osttimor, die vor sechs Jahren von Indonesien besetzt worden ist, droht erneut eine ernste Hungersnot. Die Ursache dafür liegt in der von Djakarta gestarteten Kampagne, den Widerstand der FRETILIN-Kämpfer endgültig zu brechen. Dieser Bericht stammt von der römisch-katholischen Kirche der Insel.

Neue Zürcher Zeitung 16.1.1982:
Schwere Vorwürfe an indonesische Offiziere. Folter, Mord, Hunger, Korruption in Osttimor. Hilferuf des Klerus und von den Parlamentariern. Der Apostolische Administrator von Dili ... bittet um sofortige Hilfe, um in der ehemaligen portugiesischen Kolonie, die seit 1976 indonesische Provinz ist, eine abermalige Hungersnot zu verhindern. Außerdem weist ... er ... auf Grausamkeiten der indonesischen Streitkräfte hin, eine Anschuldigung, die auch deshalb ernst genommen werden muß, weil sie sich mit einem Bericht des Landesparlaments von Osttimor an den indonesischen Präsidenten Suharto deckt.. Überdies lenkt ... er ... die Aufmerksamkeit auf offenbar zahlreiche Übergriffe der Militärs, die den Tod "unschuldiger Kinder, schwangerer Frauen und schutzloser, unschuldiger Menschen" zur Folge gehabt haben sollen... Der Direktor des Catholic Relief Service ... fand die Lage "schlimmer als in Kambodscha". Im benachbarten Australien wurde die Zahl der Opfer auf 200.000 bis 300.000 geschätzt. Und selbst der indonesische Außenminister Kusumaatmadja gab zu, daß auch viele der Überlebenden keine Chance hätten, sie seien schon "jenseits jeder Hilfsmöglichkeit".

Frankfurter Allgemeine Zeitung 26.1.1982:
Ost-Timor vor einer neuen Hungersnot? "Folter und Korruption" in der ehemaligen portugiesischen Kolonie. Martinho da Costa Lopez, der Apostolische Administrator in der Provinzhauptstadt Dili, befürchtet das Schlimmste für die ehemalige Portugiesische Kolonie Ost-Timor, die seit 1976 indonesische Provinz ist: eine Hungersnot wie vor drei Jahren, als ausländische Helfer die Leute "auf der Straße tot umfallen" sahen und die Lage der 600.000 Einwohner mit Kambodscha verglichen... Die Soldaten träten in der Provinz als "Eroberer" auf, "mit großer Brutalität".

Rheinische Post 20.2.1982:
Die Zahlen über die Opfer der mörderischen Auseinandersetzung zwischen der indonesischen Armee und der FRETILIN genannten Freiheitsbewegung, die ein unabhängiges Ost-Timor will, reichen von 50.000 bis 300.000. Es handelt sich nicht nur um Menschen, die bei Kämpfen umkamen. Die meisten Timoresen starben an Hunger und Epidemien. Die Nahrungsmittelversorgung ist zusammengebrochen. Das indonesische Militär hat die Insel völlig ausgeplündert. Die Armee hat jetzt mit einer Operation begonnen, in der auch die letzten Überreste der Guerilla-Bewegung vernichtet werden sollen, indem man sie aus ihren Verstecken scheucht und sie zur ständigen Flucht zwingt. Die Operationstaktik ist einem traditionellen System der Selbsthilfe zur Bekämpfung des Räuberunwesens im indonesischen Dorf entlehnt. Sie wird "Pagar Betis" genannt, zu deutsch ein "Zaun von Beinen".
Soldaten und einheimische Timoresen, die man zwingt, bei dieser Menschenjagd auf ihre Landsleute mitzumachen, formieren sich –genau wie bei einer Treibjagd– zu einer dichten Kette. Dann wird unter Geschrei das Gelände durchkämmt. Man treibt die Gegner buchstäblich vor die Gewehrläufe. Viele Guerilleros wurden bei dieser Operation schon getötet oder gefangengenommen. Wenn sie Glück haben, werden sie in ein Lager gebracht. Von früheren Aktionen der Armee ist freilich bekannt, daß Amnestieversprechungen nicht eingehalten wurden. Die Gefangenen wurden kurzerhand erschossen.
Was heute in Osttimor geschieht, ist systematischer Völkermord. Die spärlichen Nachrichten, die nach draußen dringen, vermelden, daß weite Teile der Insel entvölkert sind. Kenner der Situation sagen eine Verschärfung der Hungersnot nach der Regenzeit voraus.

GESELLSCHAFT FÜR BEDROHTE VÖLKER

PRESSEERKLÄRUNG

24. 11. 1981

Frankfurter Allgemeine Zeitung widerlegt Falschaussagen des Auswärtigen Amtes bezüglich der Situation auf Osttimor.

Seit dem indonesischen Überfall auf Osttimor im Dezember 1975 und verstärkt seit den Nachrichten über die dort nach der Blockade der Insel ausgebrochenen Hungersnot Ende 1979, versucht die Gesellschaft für bedrohte Völker einerseits die deutsche Öffentlichkeit für das Schicksal dieses vergessenen Volkes zu interessieren und andererseits die Bundesregierung zur Aufnahme humanitärer Hilfeleistungen nach Osttimor zu veranlassen.
Die Bundesrepublik ist an den tragischen Ereignissen in Osttimor nicht unbeteiligt. Während der mit U-Booten aufrecht erhaltenen indonesischen Seeblockade der Insel, die sich zu einer Hungerblockade entwickelte, beschloß das Bundeskabinett 1977, 2 U-Boote nach Indonesien zu liefern. Dieser eindeutige Verstoß gegen das Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen vom 20.4.1961 und das Außenwirtschaftsgesetz vom 28.4.1961, die es der Bundesregierung verbieten, Waffen in Spannungsgebiete zu liefern, hat die militärischen Aktionen Indonesiens gegen Osttimor begünstigt.
Die beiden U-Boote sind im März und August 1981 in Kiel auf dem Gelände der Howaldt Werft vom Stapel gelaufen.
Zudem hat sich die Bundesregierung bei allen Osttimor-Abstimmungen der Vereinten Nationen der Stimme enthalten und so den indonesischen Überfall, im Unterschied zur sowjetischen Aggression in Afghanistan, nicht verurteilt.
Die Gesellschaft für bedrohte Völker hat bereits Ende 1979 den Unterausschuß des Bundestags für humanitäre Hilfe gebeten, dem leidenden Volk von Osttimor eine angemessene Hilfe zu gewähren. Diese Initiative der GfbV wurde mit dem Hinweis auf die Beurteilung Osttimors durch das Auswärtige Amt abgelehnt:
Das Auswärtige Amt behauptete Ende 1979 gegenüber dem Ausschuß und der GfbV, die Situation hätte sich „entscheidend entspannt" und die Versorgungsprobleme hätten eher „klimatische und topographische Ursachen". Dabei stützte sich die Argumentation des Auswärtigen Amtes u.a. auf Zeitungsberichte, die in der ‚Frankfurter Allgemeinen Zeitung' erschienen waren, jedoch damals bereits von der internationalen, einschließlich der gut informierten australischen Presse nicht gestützt wurden. Inzwischen 1 1/2 Jahre nach dieser offensichtlich fragwürdigen Argumentation des Auswärtigen Amtes, veröffentlichte die ‚Frankfurter Allgemeine Zeitung' aus „zuverlässiger Quelle" einen Hintergrundbericht zu Osttimor, der der Argumentation des Auswärtigen Amtes endgültig jegliche Legitimation nimmt und unsere bereits Ende 1979 geäußerten Befürchtungen bezüglich der katastrophalen Hungersnot in Osttimor bestätigt.

Fortsetzung auf Seite 7

Kampf gegen die Guerrilleros der Fretilin FAZ, 17.11.81

Der fast vergessene Bürgerkrieg auf Ost-Timor / Hunger und Epidemien / Djakarta beunruhigt

Immer wieder dringen Meldungen aus Ost-Timor durch die indonesische Mauer des Schweigens nach dem Westen. Es ist von Völkermord der indonesischen Besatzungstruppen die Rede, die bis heute den Widerstand der Guerrillabewegung Fretilin nicht zu brechen vermochten. Ende 1975 war Ost-Timor, als die portugiesische Kolonialherrschaft zusammenbrach, von Militäreinheiten Indonesiens besetzt und später annektiert worden. Djakarta wollte keinen unabhängigen Kleinstaat der linksgerichteten und von Peking unterstützten Fretilin dulden. Das Zusammenspiel der Portugiesen mit Indonesien hat erst in diesen Tagen, als der Geheimbericht von 1976 veröffentlicht wurde, die Aufmerksamkeit wieder auf die Timor-Frage gelenkt. Der folgende Bericht über die Zustände auf der Insel, dessen Autor ungenannt bleiben muß, erreichte uns aus einer zuverlässigen Quelle. (Th.)

Toleranz und Demokratie sind als Maßstäbe politischen Lebens in der indonesischen Verfassung verankert, aber in Ost-Timor zeigt die fernöstliche Inselrepublik ein anderes Gesicht. Seit Indonesien sich die einstige portugiesische Kolonie 1976 als 27. Provinz einverleibte, tobt auf der nur wenige hundert Kilometer von Australien entfernten Insel — international kaum registriert — ein blutiger Bürgerkrieg. Die Zahlen über die Opfer der mörderischen Auseinandersetzung zwischen den Truppen Jakartas und der Fretilin genannten Befreiungsbewegung reichen von 50 000 bis 300 000 Menschen. Die meisten starben an Hunger und Epidemien. Große Teile der Bevölkerung sind in Lagern zusammengepreßt, andere befinden sich ständig auf der Flucht. Die Felder bleiben unbestellt. Die Nahrungsmittelversorgung ist zusammengebrochen. Das indonesische Militär hat die Insel ausgeplündert. Kaffee und Gewürze, einst die bekanntesten Exportprodukte der Insel, werden zu willkürlichen Preisen aufgekauft. Wer es wagt, sich der Armee entgegenzustellen, riskiert sein Leben.

Die Fretilin wollte nach dem Abzug der Portugiesen eine unabhängige, sozialistisch orientierte Regierung bilden. Indonesien aber wollte innerhalb seines riesigen Inselimperiums keinen unabhängigen Kleinstaat dulden. Nach über 400 Jahren portugiesischer Kolonisation und wenigen Monaten in Freiheit wurde so die gerade gewonnene Unabhängigkeit schon bald gegen eine neue Abhängigkeit eingetauscht. In Jakarta wurde die Annexion der Inselhälfte seinerzeit als eine „von der Bevölkerungsmehrheit erbetene Integration" umschrieben. Seitdem aber hüllt die indonesische Presse sich in Schweigen; die Masse der Bevölkerung hat keine Ahnung von der tatsächlichen Situation.

Letzte Nachrichten, die aus der nur ausgesuchten Indonesiern zugänglichen Insel nach draußen drangen, besagen, daß gemäß einer Anweisung des Armeekommandeurs (General Radjaguguk) praktisch alle Männer im Alter von 15 bis 50 Jahren an der Jagd der Armee auf die Fretilin, die sich in den Bergen versteckt hält, teilnehmen müssen. In einer umfassenden Operation (Operasi Keamanan) sollen auch die noch verbliebenen Reste der Guerrilleros vernichtet werden, indem man sie aus ihren Verstecken scheucht und zu einer andauernden Flucht zwingt. Die Operationstaktik ist einem traditionellen System der Selbsthilfe zur früheren Bekämpfung des Räuberunwesens im indonesischen Dorf abgeguckt. Sie wird „Pagar Betis", zu Deutsch „Schienbeinzaun" oder auch ein „Zaun von Beinen", genannt. In einen plastischen Vergleich umgemünzt, könnte man das System mit einer Treibjagd vergleichen.

Soldaten und zu diesem Dienst gezwungene Zivilisten formieren sich zu einer dichten Angriffsformation, die unter Geschrei das Gelände durchkämmt und den Gegner vor sich hertreibt. Viele Fretilin-Guerrilleros wurden bei der Operation schon getötet oder gefangengenommen. Wenn sie Glück haben, werden sie nach einem Verhör in ein Lager gebracht. Von früheren Aktionen der Armee ist bekannt, daß ausgehandelte Amnestieversprechen, bei denen der katholische Bischof der Inselhauptstadt Dili mithalf (etwa die Hälfte der Bevölkerung von Ost-Timor ist katholisch), nicht eingehalten werden.

Der lange, verlustreiche Bürgerkrieg beginnt die Regierung in Jakarta zunehmend zu beunruhigen. Die Politiker wollen endlich Erfolge sehen. Vor allem wollen sie, daß vom Thema nicht mehr gesprochen wird. Bei internationalen Konferenzen ist Indonesien vorgeworfen worden, daß es in Ost-Timor einen neokolonialistischen Krieg führe. Das schadet der indonesischen Außenpolitik. Die Militärs haben andere Sorgen. Da sind zunächst einmal die psychologischen Probleme der jungen Soldaten aus Java oder Sumatra, die ihren Einsatz in der einige tausend Kilometer von ihrem Zuhause entfernten Provinz als eine Art Strafversetzung betrachten. Das macht sie anfällig für Willkürakte gegenüber der Bevölkerung. Andere Probleme sind mehr technischer Natur. Der Krieg im unwegsamen Bergland der Insel erfordert eine aufwendige logistische Planung, denn die Versorgungslage ist schwierig. Das gilt auch für die gegenwärtige Aktion. Das Heereskommando hat zwar Nahrungsmittel für die einheimischen Timoresen ausgegeben, die zur Teilnahme an dieser Aktion gezwungen wurden, aber die werden oft veruntreut. Das hat zur Folge, daß der verbliebenen Zivilbevölkerung zusätzlich auch noch die Last der Verpflegung von Militär und Miliz aufgebürdet wird. Wenn die eigene Familie wegen der Entfernung die Versorgung nicht mehr übernehmen kann, müssen die „Treiber" sich mit dem begnügen, was sie in den Wäldern oder in verlassenen Dörfern vorfinden. Kranke müssen sich um Ersatz bemühen, ehe sie in ihre Dörfer zurückkehren dürfen. Es heißt, daß die Bevölkerung durch die brutale Politik der Militärs zu Tode geängstigt ist.

Eine weitere Verschärfung der Hungersnot ist wahrscheinlich. In diesen Tagen beginnt die Regenzeit, deshalb muß jetzt das Land für den Getreideanbau vorbereitet werden. Da die Dörfer aber von allen arbeitsfähigen Männern entblößt sind und die Kranken die schwere Feldarbeit (die Äcker werden in der Regel noch umgegraben) nicht leisten können, bleiben die meisten Felder unbestellt. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz und die amerikanische kirchliche Hilfsorganisation „Catholic Relief-Services" (CRS), eine der Caritas vergleichbare Organisation, mußten ihre Nahrungsmittel- und Medikamentenprogramme einstellen. Offensichtlich, weil die indonesischen Behörden nicht länger unerwünschte Beobachter dulden wollten. Zur Zeit darf allein noch die katholische Kirche Indonesiens helfen, aber als typische Minderheitenkirche in einem zu 90 Prozent islamischen Land kann sie nur zurückhaltend operieren. Die auch in Indonesien immer stärker in Erscheinung tretenden radikalen Muslim-Organisationen nutzen jede Gelegenheit, die christlichen Kirchen als westlich, wesensfremd und unpatriotisch hinzustellen. Der Vatikan zeigt Protest auf andere Weise: Rom hat sich bisher nicht bereit gefunden, Ost-Timor als Teil des Vielvölkerstaates Indonesien anzuerkennen. Ob die vatikanische Schutzgeste der Bevölkerung hilft, ist freilich eine andere Frage. Rom ist fern.

---

eigenen Staat leben wollten, obwohl ihnen völkerrechtlich verbindliche Abmachungen dieses Recht garantierten.
Als 1962 die niederländische Regierung das Protektorat über West-Papua Neu Guinea beendete und das Volk der Westpapuas in freien Wahlen über sein künftiges Schicksal entscheiden sollte, sorgte die Regierung in Djakarta durch eine gewaltsame Annektion für vollendete Tatsachen. Die ‚Wahlen', die dann sieben Jahre später stattfanden, wurden selbst von UN-Vertretern als ‚reine Farce' bezeichnet. In Westpapua sind inzwischen ca. 150.000 Menschen dem indonesischen Terror zum Opfer gefallen.
Damit die Praktiken der indonesischen Militärregierung gegenüber Minderheitenvölkern, die ihre legitimen Rechte fordern, bekannt werden, bereitete die Gesellschaft für bedrohte Völker zusammen mit den Exilorganisationen der Südmolukker, Westpapuas und Osttimoresen ein internationales Tribunal vor, das Anfang 1983 in den Niederlanden stattfinden wird.
Mehr Informationen zu dem Tribunal, sowie zur Situation in Osttimor bei:
Gesellschaft für bedrohte Völker, Postfach 159, 3400 Göttingen. Spenden für die sehr kostspieligen Vorbereitungen des Tribunals erbitten wir auf das Humanitäre Konto der Gesellschaft für bedrohte Völker, PschKonto Nr. 7400 PschAmt Hamburg, Stichwort ‚Indonesien-Tribunal'.

In dem Artikel, der am 17.11.81 erschienen ist, heißt es u.a.: „Die Zahlen über die Opfer der mörderischen Auseinandersetzung zwischen den Truppen Jakartas und der Fretilin genannten Befreiungsbewegung reichen von 50.000 bis 300.000 Menschen. Die meisten starben an Hunger und Epidemie. Große Teile der Bevölkerung sind in Lagern zusammengepreßt, andere befinden sich ständig auf der Flucht. Die Felder bleiben unbestellt. Die Nahrungsmittelversorgung ist zusammengebrochen. Das indonesische Militär hat die Insel ausgeplündert. Kaffee und Gewürze...werden zu willkürlichen Preisen verkauft. Wer es wagt, sich der Armee entgegenzustellen, riskiert sein Leben...Von früheren Aktionen der Armee ist bekannt, daß ausgehandelte Amnestieversprechen....nicht eingehalten werden...
Es heißt, daß die Bevölkerung durch die brutale Politik der Militärs zu Tode geängstigt ist...
Eine weitere Verschärfung der Hungersnot ist wahrscheinlich...Da die Dörfer aber von allen arbeitsfähigen Männern entblößt sind und die Kranken die schwere Feldarbeit... nicht leisten können, bleiben die meisten Felder unbestellt. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz und die amerikanische Hilfsorganisation ‚Catholic Relief Service'..., mußten ihre Nahrungsmittel- und Medikamentenprogramme einstellen. Offensichtlich, weil die indonesischen Behörden nicht länger unerwünschte Beobachter dulden wollten."
Die Gesellschaft für bedrohte Völker stellt die Frage, ob nicht auch das Auswärtige Amt an internationale Maßstäbe von Humanität und Zivilisation gebunden ist, nicht zuletzt eingedenk der Ereignisse des Dritten Reiches und des Schicksals von Millionen deutscher Flüchtlinge nach Kriegsende?

Anlagen: Briefwechsel mit dem Auswärtigen Amt, Artikel der ‚Frankfurter Allgemeinen Zeitung'.

AUSWÄRTIGES AMT
301-320.25 INO
(Bitte bei Antwort angeben)

Auswärtiges Amt · Postfach 1148 · 5300 Bonn 1

Bonn, 7. März 1980
☎ (02221) 171
Durchwahl 17-

An die
Deutsche Sektion der
Gesellschaft für
bedrohte Völker
z.Hd. Herrn Klemens Ludwig
Postfach 159

3400 Göttingen

Sehr geehrter Herr Ludwig,

Herr Jürgen Möllemann MdB, Vorsitzender des Unterausschusses für Humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestags, hat mir Ihr Schreiben vom 18. Februar mit der Bitte um Stellungnahme übersandt. Ich komme dieser Bitte gern nach, zumal ich dadurch die Möglichkeit erhalte, Sie über die im zweiten Halbjahr 1979 eingetretene erhebliche Verbesserung der Situationen der Bevölkerung von Osttimor zu unterrichten.
Wie Sie wissen, hatte die Bundesregierung wegen der gravierenden Hungersnot und der Krankheiten, unter denen die Bevölkerung von Osttimor litt, im vergangenen Jahr erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt. Inzwischen hat sich die Lage jedoch nach Angaben von Vertretern caritativer Organisationen wie der Catholic Relief Services, des IKRK, von Journalisten und Diplomaten, die nach Timor reisen konnten, entscheidend entspannt. Sicherlich ist die Situation noch keineswegs so, daß auf Hilfe verzichtet werden könnte. Dies ist auch nicht geplant, im Gegenteil. Die genannten caritativen Organisationen sowie die Regierung von Australien und Indonesien sind bereit, weiterhin massiv Hilfe zu leisten bis sich die Verhältnisse in Osttimor stabilisiert haben.
Ich darf Sie in diesem Zusammenhang auf den sehr instruktiven Aufsatz von Herrn Hauboldt in der Beilage der FAZ Nr. 46 vom 23.2.1980 hinweisen.
Der Unterausschuß für Humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestags erhält Doppel dieses Schreibens.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Dienstgebäude
Bonn, Adenauerallee 99-103
Eingang Tempelstr. 5

Telex
886591

Bundeskasse Bonn, Postscheckamt Köln 11900-505
Bankleitzahl 37010050

AUSWÄRTIGES AMT
301-320.25 INO
(Bitte bei Antwort angeben)

Auswärtiges Amt · Postfach 1148 · 5300 Bonn 1

Bonn, 13.08.1980
☎ (02221) 171
Durchwahl 17-

An die
Gesellschaft für
bedrohte Völker
Postfach 159

3400 Göttingen

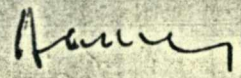
Sehr geehrte Herren,

Auf Ihr Schreiben vom 17.07.1980, in dem Sie die Frage Osttimors erneut aufgreifen, darf ich wie folgt beantworten:

Die Informationen, über die das Auswärtige Amt verfügt, stammen von internationalen caritativen Organisationen, von Angehörigen diplomatischer Mission und aus der Presse, so unter anderem aus dem bereits zitierten Artikel der FAZ. Sie halten dem einen Artikel des Nouvel Observateur vom 21.6.1980 entgegen und stellen fest, daß damit alle Aussagen des Auswärtigen Amts überzeugend widerlegt seien. Das vermag ich nicht zu erkennen.
In letzter Zeit sind mehrere Angehörige diplomatischer Missionen in Jakarta in Osttimor gewesen, u.a. um den Angaben nachzugehen, die zum Beispiel von Ihnen und einigen Medien aufgestellt worden sind. Dabei hat sich erneut erwiesen, daß Behauptungen, wie sie z.B. vom Nouvel Observateur in jenem Artikel vom 21.6.80 allgemein und ohne überzeugendes Beweismaterial aufgestellt werden, unzutreffend sind. Stimmt es bereits nicht, daß 1975 im Gebiet von Osttimor 750.000 Menschen wohnhaft waren (die zuverlässigsten Schätzungen sprechen von 630.000 bis 650.000 Menschen), so trifft ebenfalls nicht zu, daß heute 300.000 Menschen an Unterernährung zugrunde zu gehen drohen. Die Ernährung der Bevölkerung Osttimors ist, darüber besteht bei allen Besuchern übereinstimmende Auffassung, gewährleistet. Allerdings ist die medizinische Situation keineswegs zufriedenstellend; deshalb widmet sich das Rote Kreuz und die CRS gerade dieser Aufgabe. Die Verlustziffer aus innertimoresischem Bürgerkrieg, indonesischer Einverleibung und Hungerfolgen wird übrigens von dem britischen Journalisten Jenkins auf insgesamt 60.000 geschätzt. Ein Angehöriger der deutschen Botschaft in Jakarta ist zu ähnlichen Schätzungen gekommen. Den Artikel von Jenkins in der Far Eastern Economic Review v. 23.-25.5.80 lege ich zu Ihrer Unterrichtung bei.
Sie werden verstehen, daß ich bei dieser Sachlage keine Veranlassung sehen kann, mich mit Ihren Schlußfolgerungen auseinanderzusetzen. Allerdings möchte ich noch anmerken, daß Ihre Behauptung einer

Hungerblockade unzutreffend ist und daß die Teilnahme zweier deutscher Unterseeboote an einer solchen Blockade, was immer wieder behauptet wird, genauso falsch ist. Mit dem Stapellauf des ersten der beiden zu liefernden U-Boote wird erst 1981 gerechnet.
Bitte vergessen Sie eines nicht: Osttimor hat dieselben Probleme wie die anderen Kleinen Sundainseln: es mangelt an ausreichendem ganzjährigen Regenfall, die Bodenerosion ist weit fortgeschritten. Angesichts relativer Überbevölkerung ist in jener Region Hunger endemisch. Unterernährung tritt immer dann auf, wenn zwei oder mehrere aufeinanderfolgende Ernten dürftig ausfallen. Durch die Abgeschiedenheit und schlechten Verkehrsverhältnisse kommt Hilfe häufig zu spät oder nicht ausreichend. In Osttimor war der Ernteausfall allerdings nicht durch Missernten verursacht, sondern durch eine politisch motivierte Nichtbestellung der Felder. Diese topographischen und klimatischen Gegebenheiten führten dazu, daß die Ernährungslage in den benachbarten Gebieten Flores, Sumba und Westtimor im vergangenen Jahr überwiegend recht schlecht war und auch heute kaum besser als in Osttimor sein dürfte. Nach Beobachtungen der amerikanischen Botschaft in Jakarta ist die Ernährungslage in Osttimor wiederum besser als in den weniger begünstigten Gebieten Javas.
Ich hoffe, daß diese Ausführungen Sie interessiert haben und darf den vorletzten Absatz Ihres Schreibens wie folgt variieren: Ich würde es begrüßen, wenn Sie den Standpunkt Anderer, die sich persönlich in Osttimor haben informieren können, in Ihr Urteil mit einbeziehen würden.

Mit freundlichen Grüßen



(Bartels)

Die Antwort der Gesellschaft für bedrohte Völker, auf die das Auswärtige Amt bis heute nicht reagiert hat:

(veröffentlicht in 4. Welt Aktuell Nr. 17, Dezember 1980)

Zu den Ausführungen im Einzelnen:
Herr Bartels unterläßt es bewußt, die "internationalen caritativen Organisationen" sowie die "Angehörigen diplomatischer Missionen" näher zu benennen. Bei den "internationalen caritativen Organisationen" handelt es sich um den 'Catholic Relief Service' und das 'Internationale Rote Kreuz'.

Noch Ende 1979 publizierten diese beiden Organisationen dramatische Appelle und Dokumentationen an die Weltöffentlichkeit zur Situation in Osttimor, in denen es u.a. hieß "das Furchtbarste, was ich während meiner vierzehnjährigen Arbeit in asiatischen Ländern erlebt habe" (Frank Carlin, Leiter des Catholic Relief Service, zitiert nach Deutsche Zeitung/Christ und Welt 14.12.1979). Dokumentiert wurde dies von der Gesellschaft für bedrohte Völker in Pogrom Nr. 71 und 4. Welt Aktuell Nr. 13 und 14. Herrn Bartels und dem Auswärtigen Amt stehen diese Dokumentationen ebenso zur Verfügung wie die Berichterstattung der angesehensten internationalen Zeitungen über diese erschreckenden Vorgänge.

Besonders absurd und eher der Argumentationsweise eines totalitären Propagandaapparates würdig, erscheint die Behauptung, die 'Gesellschaft für bedrohte Völker' und einige Medien hätten die Nachrichten über Osttimor 'gemacht'.

Einerseits überschätzt das Auswärtige Amt die Möglichkeiten einer Menschenrechtsorganisation, andererseits ist mit diesen Medien ein großer Teil der Weltpresse gleichzusetzen.

(Z.B. 'Guardian', 'Times', 'New York Times', 'Far Eastern Economic Review' (schon 1977), 'Economist', Observer', verschiedene australische Zeitungen, die 'Weltwoche', die 'Frankfurter Allgemeine Zeitung' (schon 1978), die 'Welt', die 'Frankfurter Rundschau', die 'Süddeutsche Zeitung', der 'Gießener Anzeiger', die 'Deutsche Presse Agentur', usw.)

Näheres dazu in den oben erwähnten Ausgaben von Pogrom und 4. Welt Aktuell.

Selbst wenn es stimmt, daß nicht näher bezeichnete "Angehörige diplomatischer Missionen" in Osttimor waren, muß erlaubt sein zu fragen, wie lange sie dort waren, welche Regionen sie besucht haben, ob sie außerhalb der Hauptstadt Dill waren, ob sie sich frei bewegen durften, etc.

Schließlich sind diplomatische Missionen westlicher Staaten – USA, Australien, Bundesrepublik – parteiisch, weil sie die gegen die Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht Osttimors gerichtete Politik ihrer Regierungen vertreten müssen. Ohne Klärung dieser Frage erscheint uns ein Verweis auf diese 'Augenzeugen' nicht überzeugend, zumal neutrale Augenzeugen ausgeschlossen bleiben.

Wie unzuverlässig zur Erfassung des gesamten Ausmaßes der osttimoresischen Tragödie selbst Augenzeugenberichte von Mitarbeitern karitativer Organisationen sind, die monatelang in Osttimor waren, mußte das Rote Kreuz erfahren, als der australische Journalist Peter Rogers im Herbst 1979 Osttimor besuchte und Aufnahmen in Gebieten machte, die vom Roten Kreuz noch gar nicht erfaßt worden waren.

Diese Bilder, die Rogers unter Lebensgefahr aus Osttimor herausschmuggelte und die zuerst in den australischen Zeitungen 'Sydney Morning Herold' am 1.11.1979 und 'The Advertiser' am 2.11.1979 veröffentlicht wurden, zeigen Menschen, die so aussahen wie jene, die 1945 aus Auschwitz befreit wurden.

Zu den Zahlenspielen des Herrn Bartels: Die 'Gesellschaft für bedrohte Völker' hat nie eine definitive Zahlenangabe über die Bevölkerung Osttimors gemacht, sondern lediglich festgestellt, daß vor der indonesischen Invasion in Osttimor zwischen 650.000 und 900.000 Menschen gelebt haben. Durch die völlige Unterentwicklung der Insel unter portugiesischer Herrschaft (ca. 90% Analphabeten, kaum vorhandene Infrastruktur etc.) ist eine so genaue Zahlenangabe, wie sie Herr Bartels gibt (630.000-650.000), ebenso reine Spekulation, wie Behauptungen, die definitiv von 900.000 Osttimoresen sprechen. Generell muß allerdings gesagt werden, daß in extrem unterentwickelten und geographisch schwer zugänglichen Gebieten (Wälder und Gebirge) wie Osttimor mehr Menschen leben, als Statistiker nachweisen können. Eine Quelle seiner 'zuverlässigen Schätzungen' verschweigt Herr Bartels zudem.

Bezüglich unserer Quellen, daß zumindest im Frühjahr 1980 Hunderttausende extrem unterernährt waren, verweisen wir noch einmal auf die oben erwähnten Zeitungen und Hilfsorganisationen, nachzulesen in 4. Welt Aktuell Nr. 14, S. 2-5 und Pogrom Nr. 71, S. 10.

Eine besonders fragwürdige Art der gezielten Verbreitung von Unwahrheiten über die indonesischen Greuel ist es, die Verluste aus dem innertimoresischen Bürgerkrieg, der indonesischen Invasion und den Hungerfolgen so zu addieren, als ob alle diese Ereignisse in der osttimoresischen Tragödie den gleichen Stellenwert hätten.

Herr Bartels hat dies offensichtlich von Herrn Haubold übernommen, der in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 23.2.1980 eben diese Rechnung aufstellt. Zur tatsächlichen historischen Entwicklung:

Im August 1975, kurz vor dem endgültigen Abzug der Portugiesen, hat es nach einem Putsch der eher konservativen osttimoresischen Befreiungsorganisation UDT bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen der UDT und der eher linkskatholischen, sozialdemokratischen FRETILIN gegeben (siehe dazu Pogrom Nr. 39/40 und 71). Bei diesen Auseinandersetzungen, die vom 11.-28.8.1975 dauerten, und an der fast nur reguläre osttimoresische Soldaten beteiligt waren, sind 2.000-3.000 Menschen ums Leben gekommen. Diese im Vergleich zu den späteren Opfern der indonesischen Okkupation geringen Menschenverluste des kurzen Bürgerkrieges fügt Bartels mit den Opfern der indonesischen Truppen zusammen, um über deren Verantwortlichkeit hinwegzutäuschen.

Die Zahlenangaben des zitierten Herrn Jenkins (60.000 Tote) widersprechen, wir müssen es noch einmal wiederholen, der seriösen internationalen Presse(Pogrom Nr. 71, 4. Welt Aktuell Nr. 14 . . .). Auch ist uns nicht bekannt, ob und wenn ja wo und in welchem Auftrag Herr Jenkins in Osttimor war. Ebenso widersprechen diese Zahlen dem australischen parlamentarischen Untersuchungsausschuß, der unter Leitung des letzten australischen Konsuls in Osttimor, James Dunn, herausfand, daß bereits bis 1977 100 000 Menschen in Osttimor umgekommen waren (Frankfurter Rundschau 6.3.1977). Dieser parlamentarische Untersuchungsausschuß ist von Bartels bezeichnenderweise nie zur Kenntnis genommen worden, ebensowenig wie inzwischen Hunderte von Zeitungsberichten, Dokumentationen und Aussagen von mindestens 4.000 Flüchtlingen. Letztere sind jederzeit im Stande, das Bild vom Genocid detailliert zu belegen. Doch sie gelten Bartels möglicherweise als ebenso voreingenommen wie die Aussagen überlebender KZ-Insasssen den neonazistischen Blättern.

Bartels leugnet die Hungerblockade gegen Osttimor. Tatsache ist, daß von der indonesischen Invasion (7.12.1975) bis Mitte 1979 überhaupt keine Ausländer auf die Insel durften; weder Versorgungsschiffe, noch Hilfsorganisationen, Journalisten oder Besucher etc. Im nächsten Abschnitt gibt Herr Bartels dann aber selbst zu, daß die Versorgungslage in Osttimor generell sehr schlecht ist.

Was bedeutet eine totale Blockade der Insel unter solchen Voraussetzungen anders als eben eine Hungerblokkade?

Dem Zynismus des Auswärtigen Amtes sind keine Grenzen gesetzt! Das gilt auch ganz besonders für den letzten Abschnitt, in dem sich Herr Bartels über die 'natürlichen' Ursachen des Hungers ausläßt und von 'politisch motivierter Nichtbestellung der Felder' redet.

Angesichts des Vernichtungsfeldzuges der Indonesier, der Niederbrennung von Feldern, Massakern, Inhaftierungen, der Folter, der Einrichtung von Konzentrationslagern für große Teile der Bevölkerung u.a., sind solche Ausführungen eines Angestellten des Auswärtigen Amtes einer deutschen Republik makaber. Vergleichbar sind Bartels Ausführungen etwa mit der Behauptung, die Juden des Warschauer Ghettos wären 'politisch motiviert' von der Arbeit ferngeblieben und hätten deshalb hungern müssen.

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Daß die Ernährungslage in Osttimor nie besonders gut war, ist von uns nie bestritten worden. Die jetzige Situation ist jedoch nur eine Folge der indonesischen Invasion.

Schließlich noch eine abschließende Bemerkung über den gesamtpolitischen Rahmen, in dem das Osttimorproblem steht und in den die Stellungnahme des Auswärtigen Amtes einzuordnen ist:
Im November 1980 hat die letzte Abstimmung über das Selbstbestimmungsrecht Osttimors der Vereinten Nationen stattgefunden. Griechenland war der einzige westeuropäische Staat, der den Mut hatte, offen gegen Indonesien und die USA in dieser Frage Stellung zu beziehen. Bei der Bundesrepublik hat, wie schon bei den anderen Abstimmung seit 1975, der wirtschaftliche und außenpolitische Opportunismus den Ausschlag gegeben: die Bundesrepublik hat sich der Stimme enthalten.

Während die Bundesrepublik in anderen Fällen – wo es westliche Interessen begünstigt – lautstark für das Selbstbestimmungsrecht der Völker eintritt (Afghanistan) und sogar in den Vereinten Nationen für ein orthodox-stalinistisches Mordregime votiert (Pol Pot in Kambodscha), um der UdSSR und Vietnam zu schaden (gegen dessen Besetzung von Kambodscha), begünstigt Bonn die indonesische Position durch Stimmenthaltung vor der UNO, Waffenlieferungen und Wirtschaftshilfe – während wahrscheinlich schon ein Drittel der osttimoresischen Bevölkerung von 1975 nicht mehr lebt.

Eines der vielen indonesischen Opfer, der bekannte australische Journalist und Mitautor der Pogrom-Sonderausgabe über Osttimor Nr. 39/40, Roger East, dessen Tod lange nicht restlos geklärt werden konnte, fand, nach jetzt erst bekanntgewordenen Augenzeugenberichten (zitiert nach Canberra Times 28.10.1980), 1975 während der indonesischen Invasion den Tod. Roger East hatte sich in Osttimor nach dem Verbleib von 5 australischen Fernsehkollegen erkundigen wollen, die, wie sich später herausstellte, ebenfalls von indonesischen Truppen ermordet worden waren.

Anmerkung: Zur Einschätzung der derzeitigen Lage in Osttimor bleibt noch Folgendes zu berücksichtigen: Ausgeschlossen von Hilfeleistungen sind nach wie vor alle internationalen Hilfsorganisationen bis auf das 'Internationale Rote Kreuz' und den 'Catholic Relief Service'. Ersteres ist vor allem durch das indonesische Rote Kreuz vertreten, das von Generalen geführt wird, also Angehörige desselben Standes, der die Invasion und den Völkermord verschuldet hat. Das Internationale Rote Kreuz ist nur mit zwei nicht-indonesischen Ärzten vertreten; der Catholic Relief Service ist nur mit einer nicht-indonesischen Person vertreten, dem oben zitierten Frank Carlin. Der Catholic Relief Service ist zudem finanziell von der US-Regierung abhängig. Der damalige Präsident Ford und Außenminister Kissinger befanden sich einen Tag vor dem indonesischen Einmarsch in Djakarta .

(Beide Hilfswerke haben ihre Arbeit in Osttimor bedauerlicherweise eingestellt.)

Die Adresse des Auswärtigen Amtes:
Herrn Bartels
Postfach 1148
5300 Bonn 1